

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 72 (2017)

Heft: 4

Artikel: Basis des Wirtschaftens oder teures Ärgernis? : Macht eine Handelsliberalisierung den Lebensmittelsektor wirklich ökologischer?

Autor: Dyttrich, Bettina

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891037>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Basis des Wirtschaftens oder teures Ärgernis?

Macht eine Handelsliberalisierung den Lebensmittelsektor wirklich ökologischer?

Bettina Dyttrich. Ohne Landwirtschaft geht nichts – so sehen es wohl die meisten Bioforum-Mitglieder. Solange Menschen auf der Erde leben, wird es irgendeine Form von Landwirtschaft brauchen; sie ist die Basis jeden Wirtschaftens.

Diesen Blick auf die Landwirtschaft hat heute nur noch eine Minderheit. Rein rechnerisch droht die Branche in der Schweiz zu verschwinden – sie erwirtschaftet nicht einmal mehr ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zudem ist sie auf Direktzahlungen angewiesen. **Eine Branche, die vom Staat abhängig ist, die man nicht richtig ernst nehmen kann, «ein Bremsklotz für den Freihandel» (NZZ)** – vor allem liberale Kreise äussern ätzende Kritik. Landwirtschaft als Basis des Wirtschaftens oder als teures Ärgernis: Die beiden Sichtweisen liegen so weit auseinander, dass man sich fast nicht mehr verständigen kann.

Viele Linke im Umfeld der SP sehen es ähnlich wie die Liberalen. Auch für die meisten SozialdemokratInnen ist klar, dass der Agrarschutz Handelsabkommen nicht im Weg stehen darf. Schliesslich, so heisst es oft, verdient die Schweiz jeden zweiten Franken im Ausland.

Weniger produzieren, mehr importieren ... Begründet wird die freihandelsfreundliche Position in SP- und grünliberalen Kreisen aber auch ökologisch: Man hofft, dass bei einer Grenzöffnung unökologische Landwirtschaftszweige wie die Tiermast mit Importfutter nicht mehr wirtschaftlich wären. Wir sollten weniger, dafür ökologischer in der Schweiz produzieren und mehr Lebensmittel importieren, so die Idee. Schützenhilfe erhalten SP und GLP dabei vom Verein Vision Landwirtschaft (VL).¹ «Die Tiere sollen dort leben, wo auch das Futter wächst», so VL-Geschäftsführer Andreas Bosshard. «So ist der Nährstoffkreislauf geschlossen. Und wir können auch auf die Haltungsbedingungen im Ausland Einfluss nehmen.»² Darum plädiert VL für eine Grenzöffnung im Agrarbereich.

VL kritisiert die hohen Futterimporte und die damit verbundenen Nährstoffüberschüsse, die ausgeräumten Landschaften, den hohen Pestizidverbrauch in der Schweiz. Diese Kritik können wohl alle Bioforum-Mitglieder



ProduzentInnen, die direkt mit KonsumentInnen zusammenarbeiten, kämen wohl auch bei einer Liberalisierung der Schweizer Agrarmärkte kaum unter Preisdruck - die meisten anderen aber schon. Im Bild Mitglieder der Genossenschaft Clef des Champs in Courgenay, Kanton Jura, beim Sauerkrautmachen.
Foto: Giorgio Hösli

unterschreiben. Aber macht eine Handelsliberalisierung den Lebensmittelsektor wirklich ökologischer?

Ein Blick in die EU, zum Beispiel nach Österreich, stimmt skeptisch. Die Marktöffnung habe regionale Produktionsstrukturen zerstört, sagt die österreichische Ökonomin Alexandra Strickner: «In Österreich hatten wir eine klein strukturierte Landwirtschaft mit vielen Verarbeitungsbetrieben wie Molkereien. Das ist alles weg. Heute haben wenige Firmen viel Macht, und der Verkehr hat sich verzehnfacht – zum Beispiel am Brenner in Tirol, wo ich aufgewachsen bin.»³ Wie brutal das mitunter zugeht, zeigt der hervorragende Film «Bauer unser» von Robert Schabus.

Vielleicht würden die Stickstoffüberschüsse in der Schweiz abnehmen – gleichzeitig nähme der grenzüberschreitende Verkehr zu. Wie lässt sich das eine gegen das andere aufrechnen? Und wie viele KonsumentInnen würden der Versuchung erliegen, billigere Importprodukte zu kaufen? Wie stark würde sich damit auch der Preisdruck auf Schweizer Lebensmittel erhöhen? «Ich glaube nicht, dass die Preise sinken würden, sofern sich die Schweizer Landwirtschaft mit einer besonders ökologischen Produktion genügend abheben kann», so Andreas Bosshard.²

Vermutlich hängt es aber stark vom Produkt ab. Das sieht man auf dem Käsemarkt, der bereits liberalisiert ist: Beim Hartkäse, dem sprichwörtlichen Schweizer Produkt, achten immer noch viele KonsumentInnen auf Schweizer Herkunft. Beim Weich- und Frischkäse allerdings schon viel weniger. Noch weniger sensibel wären sie wohl bei den anderen, heute noch geschützten Milchprodukten wie Jogurt. Und beim Fleisch würde die Preisdifferenz vermutlich so gross, dass der Markt in einen Billig- und einen Edelsektor zerfallen würde. Es stimmt: Die Tiere sollen dort leben, wo das Futter wächst. Bei Hühnern und Schweinen würde das heissen: in Südamerika. Eine Marktöffnung bietet allerdings keine Garantie dafür. Gut möglich, dass zum Beispiel mehr Pouletfleisch aus Frankreich und Deutschland importiert würde – wo die Tiere ebenfalls mit importiertem Soja gefüttert werden und die Ställe ebenfalls oft in Regionen mit hohen Nährstoffüberschüssen stehen. Dazu kommt: **Liberalisierung bedeutet immer auch Kontrollverlust.** Wie Tiere und Pflanzen hierzulande leben und wachsen, lässt sich relativ gut kontrollieren. Für Importlebensmittel gilt das viel weniger. Vertretbare Tierhaltungs- und Arbeitsbedingungen in Südamerika zu überwachen, ist von der Schweiz aus nicht ganz einfach.

Und mehr Fleisch importieren ist ohnehin eine zweifelhafte Lösung. Die Tierbestände sind global zu hoch. Viel wichtiger wäre es, dass die Schweiz Anstrengungen unternähme, den Fleischkonsum zu reduzieren – statt wie heute Fleischwerbung staatlich zu fördern.

... und Luxusprodukte exportieren

Es stimmt: Nicht alle kämen bei einer Marktöffnung gleich unter Druck. Es gäbe weiterhin KonsumentInnen, die auf regionale Bio-Qualitätsprodukte setzen. Wer viel direkt vermarktet, selbst verarbeitet und einen festen KundInnenstamm hat, würde weniger unter Preisdruck leiden als etwa ein Ackerbauer, der an die Migros liefert. **Aber nicht alle Betriebe können und wollen selbst verarbeiten und direkt vermarkten.** Und es ist eine Illusion zu glauben, eines Tages versorgten sich alle KonsumentInnen direkt vom Hof. In der EU beträgt der Direktvermarktungsanteil laut «Bauer unser»-Regisseur Robert Schabus gerade noch zwei Prozent. «Bioland Schweiz» unter Marktöffnungsbedingungen würde heissen: Wir produzieren teure Lebensmittel für die Reichen in der ganzen Welt, einen grossen Teil des Grundbedarfs importieren wir. Eine ähnliche Strategie, wie sie die Schweizer Industrie bereits betreibt: Man setzt auf lukrative Nischen. Vom Grundsatz «regional, biologisch, fair» ist diese Strategie allerdings weit entfernt.

Am 1. November hat Bundesrat Johann Schneider-Ammann seine «Gesamtschau» zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik veröffentlicht.⁴ **Der Bundesrat möchte den Grenzschutz abbauen, den Strukturwandel vortreiben – und die Landwirtschaft ökologischer machen.** An der Pressekonferenz betonte Schneider-Ammann die Interessen der Schweizer Gesamtwirtschaft: Die Schweiz möchte mit den Mercosur-Ländern (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay), mit Indonesien und Malaysia Freihandelsabkommen abschliessen. Das sind lauter Länder, in denen die Landwirtschaft eine wichtige volkswirtschaftliche Rolle spielt. Sie möchten Fleisch, Getreide und Palmöl exportieren. Die Schweiz wird Konzessionen bei den Agrargütern machen müssen, wenn sie mit ihnen Abkommen schliessen will – die gleiche Diskussion läuft zurzeit in der EU, die ebenfalls ein Abkommen mit Mercosur anstrebt.

Obwohl die Wirtschaftsinteressen viel stärker im Vordergrund stehen, fällt auf, dass die Stossrichtung des Bundesrats gar nicht so weit entfernt ist von den Forderungen von Vision

Landwirtschaft. Beide fordern Grenzöffnungen und Ökologisierung im Inland, also letztlich «Mehr Markt und mehr Ökologie» – nur heisst das heute etwas ganz anderes als in den neunziger Jahren, als sich Umweltschutzkreise mit diesem Slogan daran machten, die Schweizer Agrarpolitik umzukrempeln.⁵

Zum Streitgespräch: «Erhalten oder schädigen die Direktzahlungen und der Grenzschutz die Schweizer Landwirtschaft?»

Hans Bieri, Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL). Prof. Mathias Binswanger, Fachhochschule Nordwestschweiz und Universität St. Gallen, zeigte auf, dass es ohne Agrarstützung in der Schweiz keine Landwirtschaft gibt. Vision Landwirtschaft macht mit Dr. Andreas Bosshard dagegen die staatlichen Regulierungen als Ursache für die Probleme zwischen Landwirtschaft und Naturgrundlage verantwortlich. **Anstatt die Regulierung als Antwort auf den Verlust der Ernährungssicherheit zu begreifen, dreht die neoliberale Agrarkritik die Kausalität um** und bezeichnet die Schutzmassnahmen, für deren Beseitigung sie plädiert, als die Ursache der Bedrohung der Ernährungssicherheit.

Die Ursachen der Probleme liegen jedoch in den wirtschaftlichen Verhältnissen selbst. Die Kostenentwicklung der Vorleistungen und der nachgelagerten Verarbeitung eines Industrie- und Dienstleistungszentrums wie der Schweiz verläuft immer steiler als die Einkommen der an den Boden gebundenen Landwirtschaft. Folglich ist die Einkommensstützung der Landwirtschaft notwendig. Streicht man die Einkommensstützung und dezimiert man dadurch die Landwirtschaft, gibt das nicht höhere Preise, wie Bosshard behauptet. Deshalb sind die Berechnungen, wie sie Prof. Peter Rieder seine Agronomiestudenten ehemals lehrte und wie sie dem Weissbuch Landwirtschaft⁶ zugrunde liegen, volkswirtschaftlich unrealistisch. Deswegen warnt auch Binswanger, dass die Reduktion der Stützung der

Vielleicht würde die Schweizer Landwirtschaft bei einer Grenzöffnung tatsächlich ökologischer, wenn man den Rest der Welt ausblendet. Aber würde das auch für die – sehr schwer zu errechnende – **Gesamt-Ökobilanz** der in der Schweiz konsumierten Lebensmittel gelten? Wohl kaum. ●

Landwirtschaft nicht durch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit, durch effizientere Strukturen und bessere Preise ausgeglichen werden kann, sondern dass dies zum Zusammenbruch der einheimischen Produktion führt.

Falsch ist auch die Behauptung Bosshards, die Direktzahlungen seien für die steigenden Futtermittelimporte verantwortlich. Vielmehr war der **Zusammenbruch des inländischen Futtergetreidebaus eine Folge der WTO-bedingten Öffnung** für billigere Futtermittelimporte. Und nach wie vor, auch bei einer Stützung der Landwirtschaft, steigen die Produktionsmittelpreise schneller als die Produktpreise, bzw. bei einer Grenzöffnung würden die Produktpreise viel stärker sinken als die Produktionsmittelpreise. Damit nehmen die Einkommen weiter ab.

Bei weiter anhaltendem Strukturwandel steigen bei konstantem Budgetrahmen zwingend auch die Direktzahlungen pro Betrieb. Sie zeigen die wachsende Betriebsgrösse an, während das Netto-Unternehmenseinkommen pro Betrieb nicht wächst. Für Bosshard ist das ein Beweis für die Wirkungsmängel der Direktzahlungen. **Dabei ist die Stagnation des Einkommens die Folge der unterschiedlichen Produktions- und Wettbewerbsbedingungen zwischen Landwirtschaft und Industrie.** Die als Einkommensersatz ausbezahlten Direktzahlungen können diese Prozesse nur lindern, jedoch nicht aufhalten.

Die SVIL plädiert dafür, dass diese Fragen im Zusammenhang mit der AP 22+ umfassend geklärt werden. ●

¹ Mathias Binswanger und Andreas Bosshard: «Erhalten oder schädigen die Direktzahlungen und der Grenzschutz die Schweizer Landwirtschaft?» K+P 3/2017: S. 4-7.

² Bettina Dytrich: «Für ungespritzte Äpfel und offene Grenzen», WOZ Nr. 24/17

³ Wortmeldung am WOZ-Europakongress, 9. Sept. 2017. Siehe: «Jenseits von Markt und Festung», WOZ Nr. 37/17

⁴ Kommentar dazu siehe Bettina Dytrich: «Wer ist hier verrückt?», WOZ Nr. 45/17

⁵ Zur Geschichte des Slogans siehe Bettina Dytrich: «Landwirtschaft ist keine Insel», WOZ Nr. 37/12.

⁶ A. Bosshard, F. Schlöpfer, M. Jenny, Weissbuch Landwirtschaft Schweiz, Haupt Verlag, 2011. – Siehe demgegenüber: SVIL, Schrift Nr. 135, Zürich 1999, «Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz – oder Dauerproblem auf dem Weg zur vollständigen Industrialisierung der Ernährung?», H. Bieri, P. Moser, R. Steppacher.